



Harald Leibrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

in der Debatte zu

TOP 7

Fortsetzung KFOR

**„Mit unseren Beitrag zu KFOR die Stabilität im
Kosovo erhalten“**

am 28. Mai 2009

im Deutschen Bundestag

Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP-Bundestagsfraktion wird der Fortsetzung
der deutschen Beteiligung an der KFOR-Mission im
Anschluss an diese Debatte zustimmen.

Ohne Zweifel: die Verantwortung der
internationalen Gemeinschaft und insbesondere
Europas für das Kosovo besteht fort – das gilt auch
ein Jahr nach der Unabhängigkeit.

Die Erinnerung an das, was Ende der 90er Jahre im
Kosovo passiert ist, ist auch heute noch präsent.
Ich erinnere mich gut: Noch 2003, als ich erstmals
im Kosovo war, habe ich ein zerstörtes und
geschundenes Land vorgefunden – ein Land
dessen Menschen einen schrecklichen Krieg hinter
sich hatten und dessen Leben von Hass,
Schrecken und Perspektivlosigkeit geprägt war.

Viele Häuser – ganze Dörfer, waren zerstört und
deren Bewohner entweder tot oder auf der Flucht.
Einstmals friedlich nebeneinander lebende Serben
und Albaner verabscheuten sich. Die Felder und
Weinberge konnten nicht bewirtschaftet werden,
weil sie vermint waren. Schönste Kulturgüter wie
Klöster und Kirchen wurden angezündet und
zerstört. Die Lage damals war mehr als
deprimierend.

Die Sicherheitslage hat sich, dank der
hervorragenden Arbeit unserer Soldaten,
inzwischen drastisch verbessert. Doch ist diese
noch nicht so stabil, dass sich die KFOR-Soldaten
der internationalen Staatengemeinschaft völlig
zurückziehen können. Aus diesem Grund stimmen

wir – die FDP - der Mandatsverlängerung mit reduzierter Mannstärke zu. Wir Liberale begrüßen es, dass es darüber hinaus innerhalb der Bundesregierung inzwischen Überlegungen gibt, die Truppenstärke zukünftig auch noch weiter zu reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle hier im Hause bestätigen uns gegenseitig immer wieder, dass Rechtsstaatlichkeit die erste und wichtigste Voraussetzung für ein funktionierendes staatliches Gebilde ist. Das gilt ganz besonders für sog. „post-conflict“-Situationen, wie sie auch auf dem Balkan vorliegen. Deshalb ist es strukturell betrachtet richtig, dass wir im Kosovo genau an dieser Stelle mit der EULEX-Mission ansetzen. Rechtsstaatlichkeit ist für das Kosovo überlebenswichtig. Und es ist die Voraussetzung dafür, dass wir das Land eines Tages wirklich sich selbst werden überlassen können.

Die Probleme, die insbesondere im Norden des Kosovo in den Gebieten mit serbischer Mehrheit bestehen, sind uns allen bekannt und man darf sie auch nicht klein reden. Aber genauso klar ist auch: die Probleme in einem Teil des Kosovo dürfen die Entwicklung im Rest des Landes nicht aufhalten.

Diese Probleme bleiben gewaltig – sie liegen insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität, in der Korruption und in dem Aufbau einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Was wir unseren Partnern im Kosovo immer wieder deutlich machen müssen, ist, dass die Unabhängigkeit zuallererst ein hohes Maß an

Verantwortung auferlegt, der die Kosovaren gerecht werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei aller Aufmerksamkeit, die das Kosovo in der letzten Zeit zu Recht bekommen hat, sind wir gut beraten, nicht etwa eine Balkanpolitik für das Kosovo zu schreiben, sondern umgekehrt eine Kosovopolitik zu betreiben, die der Region insgesamt zugute kommt.

Wir müssen die Region insgesamt im Blick halten – und das heißt nicht zuletzt, dass wir versuchen müssen, die pro-europäischen Kräfte in Serbien zu unterstützen. Es spricht in hohem Masse für die serbische Bevölkerung, dass sie sich in der politischen Auseinandersetzung im eigenen Land mehrheitlich nicht hinter jene Kräfte gestellt hat, die die Kosovo-Frage zur entscheidenden nationalen Frage erheben wollten, sondern sich für die Europäer im eigenen Land entschieden haben.

Diese pro-europäischen Kräfte müssen wir im Interesse des Kosovo wie auch im eigenen Interesse unterstützen. Und das heißt auch, dass diese Kräfte Erfolge brauchen. Diese Erkenntnis war in den ein Jahr zurückliegenden Debatten auch hier in diesem hohen Hause weit verbreitet. Inzwischen sind die Bemühungen in dieser Hinsicht ein wenig eingeschlafen und sollten dringend wieder intensiviert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Verantwortung für das Kosovo wird uns noch sehr, sehr lange erhalten bleiben. Große

Aufgaben gilt es noch zu bewältigen, nicht nur im Kosovo selbst, sondern in der gesamten Region. Aber ich bin zuversichtlich, dass es uns mit Beharrlichkeit und Entschlossenheit aller Beteiligten im Ergebnis gut gelingen wird.

Vielen Dank!